

EU – wozu?

Um es vorwegzunehmen: wir haben nicht auf den Besuch des Diktators Orbán gewartet, um öffentlich kundzutun, was aus fortschrittlicher – will heißen aus sozialer, ökologischer und ökonomischer – Sicht gegen die Europäische Union EU und den Beitritt der Schweiz zu dieser Organisation zu bemerken ist. Im Gegenteil, das eigene Ringen für oder gegen einen Anschluss an die EU ist lange vor die legale Machtergreifung des ebenso faschistischen wie korrupten Ungarn zu datieren. Auf den November des Mauerfalls, um genauer zu sein. Auf den Tag, als Europa die historisch einmalige Chance für eine Gemeinschaft des Friedens und Wohlergehens (gemeint sind die Abwesenheit von Krieg und Wachstumswahn) nach 45 Jahren Kriegsabwesenheit auf europäischem Boden zu verspielen begann.

Das gescheiterte Friedensprojekt EU

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, wenn man im Rückblick feststellen muss, dass das Friedensprojekt EU nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – kurz nach dem Mauerfall – nicht nur durch eine forcierte Osterweiterung, sondern vor allem mit einem neuen Krieg gestartet wurde. Die von der NATO unter erheblicher Mitverantwortung des grünen deutschen Außenministers Joschka Fischer völkerrechtswidrig ausgelösten Balkankriege sollten das EU-Projekt nicht nur als Vasallen-Projekt der USA, sondern – vor allem – als Jagd nach der Siegestrophäe des Westens entlarven. Und heute ist es wieder ein deutscher Außenminister, dessen Rolle diesmal von einer grünen Frau besetzt ist, der sich an vorderster Front für ein verlängertes Abschlagen auf europäischem Boden stark macht. Wieder im Interesse der USA, die sich natürlich nie selbst die Finger schmutzig machen, sondern ihren Kettenhund, die NATO, vorschicken. In der früheren deutschen Friedenspartei hat sich das Bekenntnis zu „Frieden schaffen ohne Waffen“ inzwischen vollständig aus der politischen DNA verabschiedet und wird durch „Machterhalt“ ersetzt. Dabei müsste sich, wenn nicht aus der nationalen deutschen, so doch mindestens aus der europäischen Interessenlage die Einsicht breit gemacht haben, dass der Krieg in der Ukraine weder von der korrupten Truppe um den nicht mehr komischen Selensky herum zu gewinnen, noch vom ebenso unkomischen Russen Putin zu verlieren ist - um es für einmal auf die medial-dämliche Personalfrage zu reduzieren.

Im zweiten Kriegswinter im Donbass dürfte es für verantwortungsvolle Politiker in der EU keine Rolle mehr spielen, wer für den Kriegsausbruch verantwortlich ist, sondern nur noch, wie Europa und damit die EU den kürzesten Weg zu Friedensverhandlungen eröffnen können. Davon ist weit und breit nichts zu sehen. In Deutschland nicht, wo eine zur Nato-Drohne umfunktionierte Außenministerin Kriegsministerin spielt, in Brüssel nicht, wo die deutsche, ehemalige Kriegsministerin und in Deutschland als „Flinten-Uschi“ bezeichnete, erzchristliche Kommissionspräsidentin die Befehle aus Washington pflichtgetreu erfüllt und den Krieg mit Waffen von Rheinmetall weiter anheizt.

Doch der Krieg in der Ukraine, an dem sich jetzt auch die Schweiz beteiligt, indem man Leopard-Panzer an Deutschland liefert, das dafür eigene Panzerlieferungen an die Ukraine ersetzt, ist nicht der entscheidende Grund, weshalb ein Beitritt zur EU keine Option für die Schweiz ist. Höchstens ein aktueller Anlass, um über die Neutralität der Schweiz nachzudenken. Was man in Bern geflissentlich verweigert, weil das Thema von der Herrliberger Bewegung besetzt wurde und man – wie immer – denen nicht noch mehr Munition liefern möchte. Genauso, wie man es doch so furchtbar erfolgreich mit den Themen Migration, Flucht, Bevölkerungszunahme, Islam, Pandemie, EU usw. gehalten hat: Man verweigert die Anerkennung des Problems bis es zu spät für dauerhafte Lösungen ist und die Herrliberger Bewegung schamlos den plebiszitären Bonus einstreicht – für eine Themenbewirtschaftung, die keine Spur einer Lösung anbietet, weil es eben nur um die Bewirtschaftung an sich geht.

Das Projekt EU ist nicht nur krachend als Friedensprojekt gescheitert, sie ist auch im Kerngeschäft, der Wirtschaft, auf dem absteigenden Ast. Seit der forcierten Osterweiterung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich zwar die ehemaligen Waschau-Pakt-Staaten von

Russland abgelöst, um wirtschaftlichen Aufschwung durch die EU-Mitgliedschaft zu erhoffen und militärischen Schutz durch die NATO, aber in beiden Fällen wurden die Erwartungen enttäuscht. Die Abhängigkeit von der früheren Sowjetunion wurde nun durch eine totale Unterwerfung unter die von den Grosskonzernen diktierten EU-Regeln eingetauscht und der militärische Schutz verwandelte sich in einen Aufmarschraum für NATO-Truppen und in Abschussrampen für nach Russland ausgerichtete Mittelstreckenraketen. Die Souveränität über die eigene Währung wurde an den Euro abgegeben, so wie die eigenen Zentralbanken in der Europäischen Zentralbank aufgegangen sind. Letztere wiederum wacht vor allem darüber, dass die Interessen der privaten Grossbanken Europas gesichert sind, um zu verhindern, dass die wegen der in den „neuen“ Ländern zwecks Investitionsstützung verursachten Schuldenberge nicht plötzlich als Klumpenrisiko das ganze Finanzsystem der EU in den Abgrund reissen. Der Fall Griechenland spricht dafür Bände. Wer's nicht glaubt, sollte sich vielleicht doch bei Yanis Varoufakis bedienen (*Die ganze Geschichte*, Kunstmann), nur schon, um beim nächsten Schuldencrash (Italien? Frankreich? Spanien?) nicht eingestehen zu müssen, man hätte von nichts gewusst.

#### Eine EU der Konzerne und Banken

Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftskraft bleiben die südlichen Länder, insbesondere im Südosten auf immer das Armenhaus der EU, das von den reichen Schwestern im Norden über Wasser gehalten, sprich subventioniert wird. Wie gesagt, für immer. Denn die wirtschaftlichen Zugpferde in Deutschland und Frankreich haben gar kein Interesse an einer Konkurrenz auf Augenhöhe. Da ist es bequemer, die minderen Verwandten durch Schulden am Gängelband zu halten und so die eigenen Exportmärkte durch deren Überschuldung zu schützen. Wer's nicht glaubt, sollte sich die Mühe machen und sich einmal über die Assoziierungsverträge erkundigen, die den Beitrittskandidaten praktisch ohne Verhandlungsmarge vorgelegt werden, wie etwa jenen für die Ukraine, der 2014 in letzter Minute vom früheren Präsidenten zurückgewiesen wurde. Denn wer, wie Deutschland, über Jahrzehnte anständige Handelsüberschüsse erwirtschaftet (wobei diese EU-Rendite vor allem Deutschlands Westen zugute kommt), produziert andernorts entsprechend unanständige Handelsdefizite.

Und jetzt sollen auch noch die zerstörte und darüber hinaus hoch verschuldete Ukraine, die wirtschaftlich schwachen Albanien, Nordmazedonien, Moldau, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Serbien und sogar der hyperkorrupte Kosovo von potenziellen Beitrittskandidaten zu Mitgliedern avancieren? Nicht zu vergessen die Türkei, die zwar ein wirtschaftliches Schwergewicht sein mag, aber politisch genau so instabil ist wie die vorher genannten.

#### Natur bleibt auf der Strecke

Die EU ist nicht nur zur Chasse gardée der Grosskonzerne und Grossbanken verkommen, wo zehntausende Beamte in Brüssel gegen grosszügiges Entgelt Heger und Pfleger spielen dürfen. Die EU ist auch zu einer gigantischen Vernichtungsmaschine für die Artenvielfalt und die humane Gesundheit geworden. Nicht nur wurde unlängst der krebsverdächtige so genannte Unkrautvernichter Glyphosat gegen jeden wissenschaftlichen Rat weiter zugelassen, auch die Intensivlandwirtschaft inkl. Massentierhaltung werden auf dem Buckel von Natur und Mensch mit Milliarden gefördert. Von wegen Bio! Dafür werden Form und Gewicht von Karotten und Bananen genormt – um die mechanisierten Verarbeitungs- und Verteilketten nicht zu stören. Die Lobbyisten von BASF, Bayer, Syngenta und Co. haben ein weites Feld vor und für sich. Die paar Millionen an Bussen für unrechtmässig angewandte Düngemittel, Unkrautvernichter oder genetisch manipuliertes Saatgut zahlt man dabei locker aus der Portokasse und zum Gaudi einer diesbezüglich gleich geschalteten Presse. Und ganz nebenbei sei erwähnt, dass die Renditeerwartungen dieser Konzerne und Banken die Einkommen von arbeitenden Menschen bestimmen und nicht umgekehrt. Gewerkschaften sind in der neoliberalen EU höchstens als unterhaltende Beifahrer im Seitenwagen geduldet.

#### Afrika liegt vor der Türe Europas

Geradezu absurd gestaltet sich das Verhältnis der EU zu ihren „Partnerländern“ im Süden, sprich in Afrika. Zwar hätten die ehemaligen Kolonialmächte wie Frankreich, Deutschland oder Belgien (Grossbritannien fährt ja bekanntlich jetzt ein eigenes Züglein), allen Grund, mit den ehemaligen Kolonien endlich zu einer fairen Zusammenarbeit zu kommen. Und wenn es auch nur darum ginge, die Fluchtbewegung dank des Aufbaus einer verarbeitenden Industrie, besseren Bildungssystemen, sozialer Absicherung usw. zu dämpfen und langfristig sogar zu stoppen. Das ist natürlich nicht der Fall. Afrika wird nach wie vor als Rohstofflieferant behandelt und die Verhandlungspartner sind in aller Regel hochkorrupte und gewalttätige Regimes, die von den ausgehandelten Konzessionsgeldern neunzig Prozent auf die Bankkonten in der EU zurückschieben oder auf die – ebenfalls von EU-Staaten gehaltenen – Inseln in der Karibik und im Kanal mit ihren Offshore-Banken. Die durch den Auftritt Chinas und seines forcierten Ressourcenabbaus beschleunigte Ausbeutung Schwarzafrikas wird zu einer kolossalen Flutwelle nach Europa führen. Nichts hält diese Abermillionen Menschen, die schon auf gepackten Koffern sitzen, davon ab. Heute sind es irgendwo zwischen 1,2 und 1,5, in zwanzig Jahren wird Afrika 2,5 Milliarden Menschen zählen. Und dabei haben wir noch gar nicht von den Folgen der Klimakatastrophe gesprochen. Die EU hat versagt, als es in den 90er Jahren, nach dem Wegfall der bipolaren Spannungen für eine kurze Zeit ein Machtvakuum gegeben hat und ein echter Entwicklungsschub für Afrika möglich gewesen wäre. Stattdessen hat man sich in Brüssel von den damals noch zwei Kolonialmächten vorführen lassen und das koloniale Strickmuster der Ausbeutung einfach weiter gestrickt. Das Versagen der EU geht weiter.

Zentralismus und Demokratie sind unvereinbar

Der Koloss mit 450 Millionen Menschen lässt sich nicht basisdemokratisch handhaben, auch wenn die wichtigen Beschlüsse in einer anachronistischen Übereinstimmung aller Mitglieder(regierungen) beschlossen werden müssen. Aber selbst eine wie auch immer gestaltete Demokratisierung – das europäische Parlament in Strassburg ist ja nur eine dem Namen nach demokratische Institution – wird an der zentralistischen Dynamik nichts ändern. Das Primat haben die wirtschaftlichen Interessen der Grosskonzerne und der Grossbanken und jene Volkswirtschaften, die von ihnen am meisten profitieren: Deutschland, Frankreich, Italien. Und falls es je einmal zu Volksabstimmungen nach dem Muster der Schweiz käme, darf man sicher sein, dass dieselben Mechanismen zur Beeinflussung des Resultats ins Spiel kämen, einfach fünfzig Mal grösser.

Was soll die Schweiz in der EU?

Das kolossale Scheitern der EU auf nahezu allen lebenswichtigen Feldern führt zwangsläufig zur Frage, was denn eigentlich ein Beitritt der (unvermeidlichen) 10-Millionen-Schweiz im 450-Millionen-EU-Raum soll? Etwa die Überlebenssicherung der Wirtschaft? Sämtliche Grosskonzerne und die (übrig gebliebene) Grossbank haben sich längst in die EU abgeseilt.

Oder der Schutz von Natur und Umwelt? Die Landwirtschaft als wichtigster unmittelbarer Öko-

Player dürfte innert kürzester Zeit in Grosskonzerne umgepflügt worden sein, wie es derzeit beispielsweise in Rumänien abläuft und für die Ukraine geplant ist und es Frankreich und Deutschland schon fast hinter sich haben.

Oder die Neutralität? Viola am Herd ist gerade unter dem Kommando ihrer Generäle dabei, die Schweizer Armee für die NATO herzurichten und die gegen jede Vernunft beschafften Kampfflugzeuge können eh nur fliegen, wenn die dafür nötige Software in Washington freigegeben wird. Wenigstens hier wird sich demnach nichts ändern. Die Schweiz bliebe in der NATO.

Oder die Rettung vor der Klimakatastrophe? Der kürzeste Witz seit langem.

Gibt es eine Alternative?

Es gibt gute Gründe für einen Anschluss an Partner, um im Bedarfsfall eine bessere Verhandlungsposition zu haben. Eine mittelfristige Alternative zur EU stellt sicher der EWR, der Europäische Wirtschaftsraum dar. Die 1992 verspielte Chance für einen Beitritt zu diesem vergleichsweise lockeren Bündnis der ehemaligen EFTA-Staaten mit der EU würde die so

genannten 4 Freiheiten sicher stellen: freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Um die möglichst weitgehende Teilnahme der EFTA-Staaten am EU-Binnenmarkt zu ermöglichen, handelten die EFTA-Staaten und die EU das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aus. Ausser der Schweiz haben alle EFTA-Staaten das EWR-Abkommen ratifiziert. Finnland, Österreich und Schweden sind seither der EU als Vollmitglieder beigetreten. Der Beitritt der Schweiz zum EWR zöge nicht zwangsläufig einen Beitritt zur EU nach sich, allerdings müsste EU-Recht jeweils weitgehend nachvollzogen werden, wie heute schon. Eine Überlegung wäre es trotzdem wert, denn Irrtümer in der Vergangenheit lassen sich für die Zukunft korrigieren.

Entweder Reform der EU oder Rückfall in den Nationalismus

Zwar würde ein durch die Schweiz gestärkter EWR für die wenigen beteiligten Staaten gewisse ökonomische Vorteile oder doch zumindest eine Stabilität in den Beziehungen zu den EU-Nachbarn bringen, aber das Grundproblem Europas wäre damit nicht gelöst. Das Grundproblem der EU ist, dass es seit der Montanunion ein rein wirtschaftliches Projekt geblieben ist, in dem die deutschen und französischen Konzerne die Fäden zogen, Vorteil Deutschland.

Selbst nachdem diese auf die Kohleindustrien abgestützte Wirtschaftsunion zu einer Art Freihandelszone ausgebaut wurde, konnte damit gelebt werden. Inzwischen gebärdet sich aber die Europäische Union als supranationale Organisation, die aufgrund demokratisch äusserst dünn legitimierter Beschlüsse in das Privatleben von 450 Millionen Menschen eingreift. Bildhaft dafür ist die nahezu groteske Bedeutungslosigkeit einer Versammlung, die sich als europäisches Parlament bezeichnet und so tut als ob sie eine zur Kompostieranlage für verbrauchte oder den heimatlichen Machhabern unbequem gewordene nationale Politiker verkommene EU-Kommission kontrollieren würde. Und selbstredend wird in Brüssel – und in Strassburg – nur entschieden, was in den Teppichetagen der Monopolindustrie zuvor abgesehnet wurde (was natürlich auch für die Schweiz gilt). Zwar darf sich der EU-Bürger an einheitlich geformten Bananen und normierten Mixern erfreuen, DIN ist jetzt CE; aber von minimalen Sozialstandards, die allen Bürgern ein würdiges Leben ermöglichen darf keine Rede sein. Von einem würdigen Alter wollen wir demütig schweigen. Wenn schon ist das Gegenteil der Fall: Um sich verspekulierende Banken zu retten – die ja angeblich im nationalen Kontext to-big-to-fail sind – werden ganze Länder und deren Bevölkerungen in den Ruin und die totale Demütigung getrieben. Wie das traurige Beispiel Griechenland für die Ewigkeit aufgezeigt hat. Und in dessen Abwicklung der damalige deutsche Finanzminister für die Rettung Deutscher Banken bereit war, ein ganzes Land in den Abgrund zu stossen. Schliesslich brauchen die deutschen Touristen in Griechenland nur Tempel und Strände, Griechen sind dafür bloss Beilage.

Es ist nur eines der erschreckenden Beispiele dafür, dass die EU kein Bündnis von Nationalstaaten ist, sondern bloss die supranationale Organisation länderübergreifender wirtschaftlicher Interessen - und Profiterwartungen. Um mehr zu sein, bedürfte es eines Minimums gemeinsamer kultureller, sozialer und letztlich politischer Erfahrungen und Erwartungen. Und das Eingeständnis, dass die Menschen ihrer eigenen Geschichte enger verhaftet sind als einer fernab praktizierten künstlichen Demokratie, der sie sich unterwerfen sollten. Aber diese Einsicht wird nie reifen, weil dafür der Wille und die Fähigkeiten fehlen. So gesehen ist die Aussicht auf fundamentale Reformen der EU, die einen Beitritt der Schweiz ermöglichen würden, für immer verstellt – da eher nicht anzunehmen ist, dass die EU der Schweiz beitritt, um dann das Konzept eines Bundesstaates bzw. einer echten Föderation Gleicher zu praktizieren. Würde die Schweiz so funktionieren wie die EU, müssten sich etwa die Tessiner so fühlen wie Portugiesen, Griechen oder Rumänen und die Westschweiz käme sich vor, als ob sie in die B-Liga relegiert worden wäre, wo man sich für den Aufstieg erst einmal bewerben, im voraus alle Spielregeln der Zürcher übernehmen und sich schliesslich mit einem Vertreter im Küchenkabinett von Frau Keller-Sutter abspesen lassen müsste.

Solange sich die EU so definiert, als müssten europäische Franzosen, Italiener, Ungarn oder gar Rumänen geformt werden, statt sich allmählich französische, italienische, ungarische und erst recht rumänische Europäer nach Massgabe ihrer jeweiligen Tempi entwickelten, ist das Projekt EU zum

Scheitern verurteilt, denn die sich abzeichnenden Nationalismen werden in kurzer Zeit zu einem Europa der Egoisten führen. Und die Schweiz als das globalisierteste Land der Welt (so eine eben erst veröffentlichte ETH-Studie) wird weiterhin ihren Sonderfall durchspielen – wenigstens solange bis auch uns die wirklich ernsthaften Probleme dieses Planeten vor die Füße fallen. Das ist schneller als wir alle zu hoffen wagen dürfen.

Olten, 24. November 2023/1. Januar 2024/SF